

Constanze Paffrath

Macht und Eigentum

Die Enteignungen 1945-1949 im Prozeß
der deutschen Wiedervereinigung

2004

BÖHLAU VERLAG KÖLN WEIMAR WIEN

Inhaltsübersicht

Ein politisch, persönliches Vorwort	XVII
Zum Geleit	
Wiedervereinigung und Wiedergutmachung	1
Kapitel 1	
Einleitung	6
Kapitel 2	
Die philosophische Grundlegung von Freiheit und Eigentum	19
Kapitel 3	
Eigentum und Freiheit im freiheitlich-demokratischen Verfassungs- staat und das Gebot der Wiedervereinigung	34
Kapitel 4	
Historische Vergegenwärtigung: „Enteignungen“ in der sowjetischen Besatzungszone	49
Kapitel 5	
„Offene Vermögensfragen“ im Prozeß der Wiedervereinigung: Die Position der DDR	71
Kapitel 6	
„Offene Vermögensfragen“ im Prozeß der Wiedervereinigung: Die Position der Bundesrepublik	111
Kapitel 7	
„Offene Vermögensfragen“ im Prozeß der Wiedervereinigung: Die Position der Sowjetunion	176
Kapitel 8	
„Ohne ‚Restitutionsausschluß‘ keine Wiedervereinigung“. Die Aus- sagen der Bundesregierung vor dem Bundesverfassungsgericht	217
Kapitel 9	
„Vorbedingung“ und „pflichtgemäße Einschätzung“	244
Kapitel 10	
Das Handeln der Bundesregierung im Lichte der tatsächlichen Forderungen der Sowjetunion	260

Kapitel 11

Täuschung und Verrat 346

Kapitel 12

Zusammenfassung der Thesen 375

Nachwort

Das Motiv 378

Anhang **385**

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XV
Ein politisch, persönliches Vorwort	XVI
Zum Geleit	
Wiedervereinigung und Wiedergutmachung	1
Kapitel 1	
Einleitung	6
1.1. Leitende Fragestellung	6
1.2. Kurzübersicht über die folgenden Kapitel	12
1.3. Die Quellenlage	14
Kapitel 2	
Die philosophische Grundlegung von Freiheit und Eigentum	19
2.1. Die ideengeschichtliche Grundlage des Eigentums- rechtes	19
2.2. John Locke: Freiheit, Recht und Eigentum und die Aufgabe des Staates	20
2.3. Karl Marx: Die Negation des Eigentumsrechtes	24
2.4. Die Funktion des Staates bei Marx und Locke	31
Kapitel 3	
Eigentum und Freiheit im freiheitlich-demokratischen Verfassungsstaat und das Gebot der Wiedervereinigung	34
3.1. Die Garantie des Eigentums als Grundrecht der Bundesrepublik Deutschland	34
3.1.1. Verfassungsgemäße Enteignungen im Rechtsstaat (Art.14GG)	35
3.2. Der innere Zusammenhang von „Freiheit“ und „Eigentum“ im Grundgesetz	36
3.3. Die Einheit Deutschlands als verfassungsrechtliches Gebot	37
3.4. Freiheit und Eigentum und das Ziel der Wiedervereinigung als richtungweisende Werte der CDU	40
3.4.1. Zusammenhang von Freiheit und Eigentum	41
3.4.1.1. Schutz des Privateigentums gegen Willkürherrschaft	43
3.4.2. Die Union und der Unrechtsstaat DDR in historischer Perspektive	45

Kapitel 4**Historische Vergegenwärtigung:**

„Enteignungen“ in der sowjetischen Besatzungszone	49
4.1. Alliierte Vereinbarungen	50
4.2. Realitäten in der sowjetischen Besatzungszone	51
4.2.1. Kriegsreparationen	51
4.2.2. Demontagen und andere Konfiskationen	52
4.3. „Demokratische Bodenreform“ als Grundlage einer „sozialistischen“ Wirtschafts- und Eigentumsordnung	53
4.3.1. Maßnahmen	55
4.3.2. Erstes Etappenziel: „Enteignungen“ im Agrarbereich	57
4.3.3. Unrecht und Unmenschlichkeit	59
4.3.4. Das Feindbild: „ostelbische Junker“	60
4.3.5. Zweites Etappenziel: „Enteignungen“ im Industriebereich	62
4.4. Die Firma Madaus	65
4.5. Maßnahmen eines totalitären Staates	66
4.6. Verstoß gegen höherrangiges Recht	68

Kapitel 5**„Offene Vermögensfragen“ im Prozeß der Wiedervereinigung:**

Die Position der DDR	71
A: <i>Vom Mauerfall bis zur Gemeinsamen Erklärung</i>	
5.1. Die Regierung Modrow	73
5.1.1. Fortbestand der DDR	73
5.1.2. „Deutschland, einig Vaterland“	76
5.1.3. Verzögerungstaktik	78
5.1.4. „Offene Vermögensfragen“	79
5.1.4.1. Appell an Moskau	81
5.1.4.2. Fakten schaffen	83
5.2. Die Regierung de Maiziere	85
5.2.1. Nach der freien Wahl	85
5.2.2. Allianz mit Moskau?	87
5.2.3. Ziel erreicht: Die Gemeinsame Erklärung vom 15. Juni 1990	90
B: <i>Einigungsvertrag</i>	
5.3. Ausgangslage	95
5.4. Erste Verhandlungsrunde am 6. Juli 1990	97
5.4.1. Rechtzeitig Rechtssicherheit	97
5.5. Zweite Verhandlungsrunde am 1. August 1990	100
5.5.1. Einvernehmen	100
5.5.1.1. Blitzbesuch beim Kanzler	101
5.5.2. Beitritt ohne Vertrag?	102
5.6. Dritte Verhandlungsrunde am 20. August 1990	105
5.7. Garantie durch Grundgesetzänderung	107

Kapitel 6**„Offene Vermögensfragen“ im Prozeß der Wiedervereinigung:****Die Position der Bundesrepublik 111***A: Vom Mauerfall bis zur Gemeinsamen Erklärung*

6.1.	Fundament der Einheit	111
6.1.1.	Das Gesetz des Handelns	113
6.1.2.	Zehn Punkte für Deutschland	114
6.2.	„Offene Vermögensfragen“	116
6.2.1.	Lösung durch Experten bleibt aus	118
6.2.2.	„Sprachregelungen“	121
6.2.3.	Chefsache?	124
6.2.4.	Notgedrungen: Die Gemeinsame Erklärung vom 15. Juni 1990	127
6.3.	Hinter verschlossenen Türen	129
6.3.1.	Eine finanziell saubere Lösung?	131
6.4.	Verhandlungen zur Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion	132
6.4.1.	Weg zur Einheit: Art.23 GG	138
6.4.2.	Vorbereitung auf Beamtenebene	139
6.4.3.	Die Bundesregierung und die neue DDR-Regierung	142
6.4.3.1.	Rohentwürfe	142
6.4.3.1.1.	DDR will D-Mark	146
6.4.3.2.	Vertragsverhandlungen	147
B:	<i>Einigungsvertrag</i>	
6.5	Ausgangslage	155
6.6.	Erste Verhandlungsrunde am 6. Juli 1990: Ohne Komplikationen	160
6.7.	Zweite Verhandlungsrunde am 1. August 1990: Festschreibung im Grundgesetz	162
6.8.	Dritte Verhandlungsrunde am 20. August 1990: Vom Westen nichts Neues	164
6.9.	Überraschung zum Ende	165
6.9.1.	Verweigert Fraktion Gefolgschaft?	166
6.9.2.	Friedensstiftende Regelung	167
6.9.3.	Gleichberechtigte Verhandlungspartner?	174

Kapitel 7**„Offene Vermögensfragen“ im Prozeß der Wiedervereinigung:****Die Position der Sowjetunion 176***Vom Mauerfall bis zum Zwei-plus-Vier-Vertrag*

7.1.	Standpunkte	177
7.1.1.	Die sowjetische Haltung vor dem 1. März 1990	177
7.1.2.	Zwiesprache und Zustimmung	179
7.1.3.	Die sowjetische Haltung nach dem 1. März 1990	183

7.1.4.	Kapital und Klarheit	186
7.2.	Die Zwei-plus-Vier-Verhandlungen	191
7.2.1.	Beamtenrunde und Außenministertreffen	191
7.2.2.	Entwurfspapier vom 9. Juni 1990: Vorgeschnack auf Vorbedingung?	195
7.3.	Drei Entwürfe zum Vertrag	196
7.3.1.	Erster sowjetischer Vertragsentwurf vom 22. Juni 1990.	196
7.3.1.1.	Einigung und Einheit	199
7.3.2.	Zweiter sowjetischer Vertragsentwurf vom 17. August 1990.	201
7.3.2.1.	Willenserklärung in Form eines Briefes.	203
7.3.3.	Dritter sowjetischer Vertragsentwurf vom 1. September 1990.	204
7.3.3.1.	Gemeinsamer Brief und Bilanz	205
7.4.	Schlafende Hunde?	206
7.4.1.	Amerikanische Forderungen	209
7.5.	Abschluß und Vertrag	210
7.6.	Ende gut?	212

Kapitel 8

„Ohne ‚Restitutionsausschluß‘ keine Wiedervereinigung“. Die Aussagen der Bundesregierung vor dem Bundesverfassungsgericht..

		217
8.1.	Entscheidung in Karlsruhe	218
8.2.	Die Bundesregierung vor dem Bundesverfassungsgericht	220
8.2.1.	Kernaussagen	222
8.3.	Im Angesicht: Die mündliche Verhandlung	224
8.3.1.	Bericht aus erster Hand	225
8.3.2.	Die sowjetische Haltung: Rückgabeverbot von Anfang an ...	226
8.3.3.	Das sowjetische Interesse: Keine Demütigung des sowjetischen Volkes.	227
8.4.	Ohne Verhandlungsspielraum	228
8.5.	Kastrup vor den Verfassungsrichtern	234
8.5.1.	Wunsch und Wille der Bundesregierung	237
8.6.	Forderung der DDR: „Endgültige Festschreibung“.	239
8.6.1.	Die Machtlosigkeit der Bundesrepublik	239
8.6.2.	„Ohne ‚Restitutionsausschluß‘ kein Einigungsvertrag und keine Einheit!“	240
8.7.	Fazit	242

Kapitel 9

„Vorbedingung“ und „pflichtgemäße Einschätzung“.

		244
9.1.	Einleitung	244
9.2.	„Vorbedingung“.	245
9.3.	„Pflichtgemäße Einschätzung“.	246

9.4.	Irrtum ist keine Pflichtwidrigkeit	247
9.5.	Welche Gründe könnten zu einer Fehleinschätzung der Bundesregierung geführt haben?	248
9.5.1.	Was heißt „sind nicht mehr rückgängig zu machen“?	248
9.5.2.	Überbewertung der sowjetischen Verhandlungsposition	250
9.6.	Stärke oder Schwäche?	251
9.7.	Pflichtwidrige Einschätzung und Täuschung	253
9.7.1.	Pflichtwidrige Einschätzung	253
9.7.2.	Verfassungsauftrag	255
9.7.3.	Die Täuschung	258

Kapitel 10

Das Handeln der Bundesregierung im Lichte der tatsächlichen

Forderungen der Sowjetunion. **260**

10.1.	„Restitutionsausschluß“: Die selbst gestellte Vorbedingung der Bundesregierung	261
10.2.	Die Bundesregierung vor dem Mauerfall	262
10.3.	Mauerfall und Meinungsführerschaft	264
10.4.	„Offene Vermögensfragen“	266
10.5.	Hinter den Kulissen	270
10.6.	Verhandlungen zur Wirtschafts- und Währungsunion	278
10.6.1.	Die gemeinsame Erklärung	291
10.7.	Von der politischen Absichtserklärung zur Festschreibung im Grundgesetz	295
10.7.1.	Hilfe aus Karlsruhe	299
10.7.2.	Bedingungsloser Beitritt als Gefahr	304
10.8.	Einigungsvertrag und Grundgesetzänderung	309
10.9.	Es gab keine sowjetische Forderung	318
10.10.	„Für 15 Milliarden D-Mark ist die Gestaltung der Einheit Sache der Deutschen“	324
10.11.	Auf höchster Ebene: Kein Rückgabeverbot	333
10.11.1.	Auf Beamten- und Ministerebene: Spiegelbild der Innenpolitik	335
10.12.	Schriftliche Beweise?	338
10.13.	Fazit	343

Kapitel 11

Täuschung und Verrat **346**

11.1.	Erster Prüfstein: Die Eigentumsgewährleistung (nach Art. 14 GG)	352
11.2.	Zweiter Prüfstein: Das Willkürverbot (nach Art. 3 GG)	355
11.3.	Dritter Prüfstein: Einheit als verfassungsrechtliches Gebot	357
11.3.1.	Vierter Prüfstein: Politischer Ermessensspielraum	357
11.4.	Fünfter Prüfstein: Höherrangiges Recht	360

11.5.	Sechster Prüfstein: Die Substanz der Verfassung	366
11.6.	Siebter Prüfstein: Unrecht	368

Kapitel 12

Zusammenfassung der Thesen.	375
12.1. Die Hauptthesen	375
12.2. Untergeordnete Thesen.	376
12.3. Abschließende methodische Anmerkung zu den vorgelegten Thesen.	377

Nachwort

Das Motiv.	378
-----------------------------	------------

Anhang.	385
--------------------------	------------

Stichwortregister.	387
-------------------------------------	------------

Personenübersicht.	395
-------------------------------------	------------

Chronologie.	398
-------------------------------	------------

Auswahlbibliographie.	402
--	------------

- Literaturverzeichnis	402
----------------------------------	-----

- Aufsätze/Schriften	407
--------------------------------	-----

- Presseauswertung	414
------------------------------	-----

Dokumente.	419
-----------------------------	------------

A: Auszug aus der Gemeinsamen Erklärung vom 15. Juni 1990 (Anlage III zum Einigungsvertrag).	421
---	-----

B: Art. 41 Regelung von Vermögensfragen - Einigungsvertrag	421
---	-----

C: Art. 4 Beitrittsbedingte Änderungen des Grundgesetzes - Einigungsvertrag	422
--	-----

D: Gemeinsamer Brief der beiden deutschen Außenminister (Auszug).	422
--	-----

E: TASS-Erklärung vom 27. März 1990 (vollständiger Text) ...	423
--	-----

F: Auszug aus der Entscheidung des Bundesverfassungs- gerichts, Urteil des Ersten Senats vom 23. April 1991 - BVerfGE84, 90.	425
--	-----

G: Auszug aus der Entscheidung des Bundesverfassungs- gerichts, Urteil des Ersten Senats vom 18. April 1996 - BVerfGE94, 12.	426
--	-----

H: Ausführungen von Lothar de Maiziere, mündliche Verhandlung vor dem Bundesverfassungsgericht am 22. Januar 1990.	426
--	-----